

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 12.03.2013

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:15 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:30 Uhr bis 20:45 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 20:45 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	17:45 Uhr bis 20:45 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 20:45 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 20:45 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	16:30 Uhr bis 20:45 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 20:45 Uhr
Frau Katja Raab	FDP	16:30 Uhr bis 20:45 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 20:45 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 20:45 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Frau Katharina Hintz	SPD	Vertretung: Frau Ewert
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	Vertretung: Frau Raab

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Folgende Tischvorlagen wurden ausgegeben:

- Zusammenstellung der Anfragen der Gremien zum Stellenplan der Stadt Halle – Gliederung nach Geschäftsbereichen – vom 11.03.2013
- Ergänzung der Verwaltung zur Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 22.01.2013 – vom 11.03.2013
- Niederschrift der öffentlichen Sondersitzung am 05.03.2013
- Niederschrift der öffentlichen Sitzung am 19.02.2013
- Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung am 19.02.2013

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Beschlussvorlagen
- 3.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie participationsbericht über das Jahr 2011
Stellenplan - Vorlage: V/2012/11037
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
6. Mitteilungen
7. mündliche Anfragen
8. Anregungen

zu 3 Beschlussvorlagen

zu 3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie participationsbericht über das Jahr 2011 Stellenplan - Vorlage: V/2012/11037

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Knöchel, Herr Bönisch, Herr Misch, Frau Ewert, Herr Krause, Frau Raab, Herr Müller, Herr

Oberbürgermeister Dr. Wiegand, Herr Geier, Herr Dr. Furchert (amt. Fachbereichsleiter Verwaltungsmanagement), Herr Rauschenbach (Wirtschaftsprüfer, Finanzberater der Stadt) und Frau Präkelt (Fachbereich Verwaltungsmanagement, Abteilungsleiterin Controlling / Service).

Herr Geier und Herr Dr. Furchert informierten im Rahmen einer Präsentation über die Entwicklung der Personalkosten im Jahr 2013.

(16:45 Uhr – Herr Busse kam in die Sitzung.)

Danach erfolgte die Beantwortung von Einzelfragen durch die Verwaltungsmitarbeiter. Unter anderem wurden folgende Themen erläutert:

Durch das Ausscheiden von zwei Mitarbeitern im Konservatorium seien zwei kw (künftig wegfallend) –Stellen weggenommen und zwei neue Stellen geschaffen worden. Durch das Ausscheiden erfolgte die Neuschaffung der Stellen. Im Jahr 2013 seien für das Konservatorium 23 Stellen vorhanden. Zurzeit befinden sich 3 Stellen in der Ausschreibung.

Im Bereich des Gesamtpersonalrates erfolgte eine Umstrukturierung. In der Vergangenheit war es so, dass die freigestellten Mitarbeiter ihre Stelle zum Gesamtpersonalrat mitgenommen haben. Diese Mitnahme war jedoch in einigen Bereichen der Verwaltung aufgrund des hohen Arbeitsanfalles nicht mehr kompensierbar. Eine Städteumfrage ergab, dass andere Städte einen gewissen Stellenrahmen für die freigestellten Personalratsmitglieder vorhalten. Dieser Praxis habe sich die Stadt Halle (Saale) erstmals für das Jahr 2013 mit drei Stellen ebenfalls bedient. Die Vergütung erfolge jedoch wie bisher in der Höhe, in der die Mitarbeiter in ihrem Fachbereich auch vergütet wurden.

Für die Bearbeitung des Stadtbahnprogramms wurde eine neue Stelle geschaffen, da sehr viele vorbereitende Arbeiten mit einer enormen Fördersumme zu bearbeiten seien und dies einen hohen zusätzlichen Verwaltungsaufwand darstelle.

Die Ergebnisse der Potentialbetrachtung seien noch nicht in den Stellenplan eingeflossen. Die geplanten globalen Minderausgaben ergeben rein rechnerisch 69 Stellen. 40 dieser Stellen seien (rein rechnerisch) bereits durch unterschiedlichste Kürzungen der Arbeitszeit verschiedenster Stellen gedeckt. Herr Dr. Wiegand habe als weiteren Schritt Entscheidungen zu 25 neuen kw-Stellen getroffen und Prüfaufträge für Optimierungsmöglichkeiten erteilt. Bereits berücksichtigte Abgänge (13 Stellen) ergeben sich auch durch die interne Fortschreibung der Fachkonzepte, da die Verwaltungsführung stetig an der Effektivitätserhöhung der Aufgabenerfüllung arbeite. Eine globale Minderung aufgrund von Krankentagen sei nicht vorgenommen worden, da diese nicht seriös planbar sei.

Ein wichtiges Ziel im Rahmen der Personalausgaben sei es, die Personalkosten zukünftiger Jahre nominal konstant zu halten.

Zur Nutzung von Benchmarks wurde ausgeführt, dass gute Vergleichsmöglichkeiten mit der Stadt Magdeburg gegeben seien. Es seien zum Teil deutliche Unterschiede zu erkennen, diese zeigen jedoch nur Tendenzen auf, die überprüft werden müssen. Diese Aufgabe obliege regelmäßig den Fachbereichsleitern und -beigeordneten. Bei einer Neubesetzung

oder Umorganisation führt der Fachbereich Verwaltungsmanagement regelmäßig einen Gegencheck durch, ob eine Neubesetzung notwendig sei, oder ob es ein geeigneteres Mittel gibt, die Aufgaben zu erfüllen, oder diese ggf. in Zukunft gar nicht mehr oder nicht mehr in dieser Intensität ausgeführt werden.

Die Verwaltung wurde um ihre Antwort (Berichtsbogen mit Haushaltskennzahlen, die Erläuterungen zu den Haushaltskennzahlen sowie das Bewertungsschema) gemäß dem Erlass des Ministeriums für Inneres und Sport zur Sicherung bzw. Wiedererlangung der dauernden Leistungsfähigkeit anhand von doppischen Haushaltskennzahlen gebeten.

Hinweis: Die Beantwortung ist dieser Niederschrift als Anlage 2 und im Session als externes Dokument beigefügt.

Es wurde auf die Stadt Jena verwiesen, die pro Einwohner 400 € Personalkosten ausgibt. In der Stadt Halle (Saale) werden über 500 € ausgegeben. Die Verwaltung sollte sich nicht mit dem Mittelmaß zufrieden geben, sondern sich an den Besten orientieren.

Herr Geier betonte, dass die 25 kw-Stellen als Schwerpunktbetrachtungen anzusehen seien.

Herr Dr. Wiegand erläuterte, dass eine Zielgröße für die Personalkosten in der Stadt Halle (Saale) zurzeit noch nicht definierbar sei, da die Prüfungen noch nicht abgeschlossen wurden. Es sei eine vollständige Aufgabenkritik und Prüfung durchzuführen, wie viel Personal für die notwendige Aufgabenerfüllung notwendig ist. Dafür sei eine Vielzahl von Einzeluntersuchungen notwendig. Die Ergebnisse werden voraussichtlich im Juli vorliegen. Eine Beurteilung anhand pauschaler Vergleiche mit anderen Städten sei durch die unterschiedliche Aufgabenpriorisierung nicht sinnvoll.

Frau Präkelt informierte, dass auch für die unbesetzten Stellen die finanziellen Mittel eingeplant seien. Die Stufenentgelterhöhungen, die im Jahr 2013 anstehen, werden durch das SAP-System automatisch lt. TVÖD berechnet.

Herr Dr. Furchert erläuterte auf Nachfrage, dass bei Neueinstellungen anzurechnende Voranrechnungszeiten nicht geplant werden können.

Herr Dr. Wiegand beantwortete Fragen zur Schaffung von Dienstleistungszentren. Auf diese wurde auch in der Beantwortung der separaten Fragen der SPD Bezug genommen. Er komme seiner Informationspflicht bei Rückfragen natürlich nach. Er verwies auf die Vielzahl von bereits vorgenommenen Beantwortungen. Er betonte, dass durch die Umorganisation kein Zuwachs an Personalkosten oder Stellen zu verzeichnen sei. Die Verwaltung bleibe im Rahmen, der ihr durch den Rat gesteckt worden sei. Außer bei den Betriebswirten waren alle anderen Stellen in ihrer Dotierung vorhanden.

Herr Rauschenbach betonte, dass die Besetzung von vier Betriebswirtstellen in der jetzigen Situation für die Stadt Halle dringend nötig sei, um das doppische Können für die Zukunft ohne externe Beratung aufzubauen bzw. für die Verwaltung zu unterstützen.

Im Ergebnis der Diskussion wurde festgestellt, dass wohl unterschiedliche Rechtsauffassungen darüber bestehen, wann ein Stellenplan rechtsgültig eingehalten wurde.

(17:45 Uhr Herr Busse und Herr Müller tauschten die Teilnahme an der Sitzung.)

Es wurde kritisiert, dass die Fachbeigeordneten nicht an der Sitzung teilnehmen, um fachlich inhaltliche Fragen zu beantworten.

Herr Dr. Wiegand betonte, dass er als Verwaltungschef und Herr Geier als für das Personal zuständiger Beigeordneter die Verwaltung ausreichend vertreten.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde über das Sozialraumzentrum Mitte/Nord/Ost beraten. Die Verwaltung nahm Nachfragen dazu mit und reicht die Beantwortung nach. (siehe Extrabeantwortung)

Die Verwaltung wurde gebeten, dass zukünftig bei Verwaltungsvorlagen die personellen Auswirkungen konkret aufgezeigt werden sollten. Beispiel: Stadtbahnprogramm = ein zusätzlicher Mitarbeiter.

Frau Raab kritisierte die Form der Beantwortung der Fragen ihrer Fraktion, da fast ausschließlich auf bereits gegebene Antworten der Verwaltung verwiesen wird. Sie sehe die Fragen nicht als beantwortet an, da die Verweise teilweise nicht passen.

Herr Dr. Wiegand führte aus, dass er die Fragen als beantwortet betrachtet und bat ggf. um Konkretisierung der Fragen. Sollte die Nachvollziehbarkeit an konkreten Beispielen von Personen gewünscht werden, sollte im nicht öffentlichen Teil nachgefragt werden.

Einige Mitglieder führten aus, dass sie den Nutzen der vielen Veränderungen nicht erkennen können.

Herr Dr. Wiegand bot an, die in seiner Organisationshoheit liegenden umgesetzten Veränderung auf Wunsch explizit zu erläutern. So zum Beispiel wurde durch die Zusammenlegung von Ordnungsamt und Feuerwehr 1 Stelle eingespart. Es lagen hohe Überlappungen der Aufgaben vor und in anderen Städten wurden diese Bereiche ebenfalls zusammengeführt. Für die Entscheidungsfindung sei es vorteilhaft, wenn eine Entscheidungsebene wegfällt. Weiterhin können z. B. Dienstsport, Beschaffung und Sekretariatsaufgaben zusammengelegt und besser koordiniert werden, was mittelfristig erhebliche finanzielle Einsparungen ergeben werde.

Im Rahmen der Organisationsänderung wurden aus 30 Dienststellen jetzt 24 mit zentralen Ansprechpartnern. Eine sinnvolle Bündelung wurde vorgenommen. So wurde zum Beispiel der Sportbereich einer klaren Struktur zugeführt. Er stehe gern zu weiteren Gesprächen und Erläuterungen zur Verfügung.

Die Mitglieder des Finanzausschusses wünschten sich vom Oberbürgermeister im Rahmen seiner unaufgeforderten Berichtspflicht bei Umstrukturierungen folgende Informationen (nach Möglichkeit deutlich visualisiert):

- so ist die Ausgangslage
- so soll es werden
- wie wird es umgesetzt.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Dr. Furchert, dass sich die Aktualisierung des Geschäftsverteilungsplanes in der Bearbeitung befindet.

Herr Dr. Wiegand betonte, dass die neue Organisationsstruktur in optimierter Form aufgebaut wurde. Aufgabenkritik sei in einer Verwaltung immer möglich und nötig. Ggf.

können Änderungen mit dem Nachtragshaushaltsplan oder den kommenden Haushaltsplänen eingesteuert werden. Durch die Schaffung der Dienstleistungszentren wurde ein Erfolg für die Bevölkerung erreicht, denn sie haben eine gute Koordinations- und Moderationsfunktion. Die Bürger finden einen zentralen Ansprechpartner für das von ihnen gewünschte Thema vor. Die fachlichen Entscheidungen werden in den zuständigen Fachbereichen getroffen.

Auf Nachfrage erläuterten Herr Geier und Herr Dr. Furchert, dass die Ausweisung von Stellen und die eigentliche Beförderung unterschiedliche Dinge seien. Sollte der Stadtrat den geplanten 7 A 16 Stellen keine Zustimmung geben, werden keine Beförderungen durchgeführt.

Im Rahmen der Diskussion wurde die Verwaltung gebeten, Zuarbeiten zu folgenden Fragen nachzureichen:

Ist-Zahl der Beschäftigten zum 31.12.2012 - *Ergänzung im Nachgang der Sitzung:*

	Anzahl	VZS
Beamte	320	318
Beschäftigte	2.243	2.137
Gesamt	2.563	2.455

Nachfrage zu Vortrag, Folie 5, Einzelaufstellung der Streichungen und Neuschaffungen/ Neuausrichtungen von Stellen mit Wertigkeit

Anzahl	Funktionsbezeichnung	EG	Anzahl	Funktionsbezeichnung	EG
	Stellenstreichungen - Deckungen			Neuausrichtungen von Stellen	
1	RL und Jurist/in (FB 66)	A 14	1	Abteilungsleiter/in Existenzsichernde Leistungen (FB 50)	A 16
1	RL Techn. Prüfungen (FB 14)	E 12	1	SB strat. Steuerung (Büro OB)	A 15
1	Koordinator/in Kreuzungsfragen (SSSt 600)	E 12	1	Abteilungsleiter/in Soziale Nachhaltigkeit (FB 50)	A 15
1	RL DV-Koordination (FB 10)	E 14	1	stellv. Wachabteilungsführer/in (GPR)	A 9MD+Z
1	Sachgebietsprüfer/in Techniker (FB 14)	E 10	3	Einsatzkraft Brandmeister (FB 37)	A7
1	Leiter/in ZENSUS (FB 33)	E 10	1	Prüfer/in (FB 14)	E 14
1	Sachbearbeiter/in Leistung BuT (Jobcenter)	E 9	1	Manager/in WissenschaftsKom./Projekt-SB (FB 82)	E 14
1	SB Einkauf (FB 10)	E 8	1	Leiter/in DLZ Klimaschutz (201)	E 13
1	SMA Untersuchungsschwester FB 53)	E 8	4	Betriebswirt/in (FB 20)	E 13
1	Mitarbeiter/in ZENSUS (FB 33)	E 8	1	Controller/in OB (Büro OB)	E 12
7	Fachassistent/in Leistung BuT Jobcenter)	E 8	1	TL Sportstätten (GPR)	E 11
1	SB Liegenschaften (FB 23)	E 6	1	Verkehrsplaner/in Stadtbahnprogramm (FB 61)	E 11
1	SB Fuhrpark/Koord. Pfortendienste (FB 10)	E 5	1	SB materielles Recht (GPR)	E 9
1	Pförtner/in (FB 10)	E 5	2	Musikschullehrer/in (Konservatorium))	E 9
1	Schulsekretär/in (FB 40)	E 5	1	SB Projekte (FB 41)	E 9
1	Fahrer/in (FB 10)	E 4	2	SB Grundsicherung (FB 50)	E 8
1	MA Aufsicht (Stadtmuseum)	E 3			
23			23		

Die in der Planung des Personalaufwandes berücksichtigten Durchschnittswerte vakanter Stellen

Der für SONV (Sondervergütung – außer Tarif) angegebene Wert orientiert sich an dem Aufwand für Mitarbeiter mit langjähriger Verwaltungserfahrung. Erhalten interne Mitarbeiter mit einer bisherigen Stelle E 15 infolge Neuausrichtung von Stellen eine

Sondervergütung in Anlehnung nach E 15ü (bei Wegfall ihrer bisherigen Stelle), entsteht ein Mehraufwand von ca. 8.000 €/Jahr.

Für Neueinstellungen mit Sondervergütung ohne Verwaltungserfahrung liegen die Ist-Aufwendungen infolge der niedrigen Erfahrungsstufe ca. 20 – 25 T€ unter dem in der Tabelle aufgezeigten Wert.

Für fehlende Entgelt- bzw. Besoldungsgruppen waren zum Zeitpunkt der Planung keine vakanten Stellen vorhanden.

Entgeltgruppe / Besoldungsgruppe	durchschnittliche Personalkosten freier Planstellen
SONV	95.300
A16	99.800
A15	95.500
A12	47.600
A10	39.600
A9 M.D	34.500
A8	28.500
A7	29.700
E15UE	95.300
E15	68.700
E14	63.200
E13	58.700
E12	57.500
E11	52.500
E10	47.400
E9	43.700
E8	34.400
E6	31.600
E5	30.400
E3	28.800
E2UE	26.500
E2	26.800
S15	48.000
S14	45.600
S12	44.300
S8	41.500

Ein detailliertes Organigramm wird nachgereicht.

Hinweis: Auf die Wiederholung der Antworten auf die im Ausschuss gestellten Fragen wird aufgrund des großen Umfanges an dieser Stelle verzichtet. Diese Antworten wurden gemäß der in der Sitzung gegebenen Zusage am 15.03.2013 versandt und in Session eingestellt.

Beschluss:

beraten

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 5 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 Mitteilungen

zu 7 mündliche Anfragen

zu 8 Anregungen

Zu den Tagesordnungspunkten 6 bis 8 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Egbert Geier
Bürgermeister

Dr. Bodo Meerheim
Ausschussvorsitzender

Martina Beßler
Protokollführerin